VP-SP-Uneinigkeit über Einsparung bei Bezügen

BESCHLUSS / Die ÖVP beschließt im Alleingang eine Änderung bei den Bezügen der Mandatare, SPÖ hat zwei Haupteinwände.

VON TINA SCHMORANZ

HÖFLEIN / „Aufgrund notwendiger Einsparungen in Zeiten finanzieller Engpässe für Gemeinde und Land ist das nun der Versuch, einen Beitrag zu leisten", kommentiert Bürgermeister Otto Auer den Beschluss über eine Kürzung der Bezüge für die Mandatare. Bei der letzten Sitzung haben die ÖVP-Gemeinderäte zugestimmt, ab sofort weniger Geld für ihre Arbeit zu bekommen. Insgesamt können so 17 Prozent eingespart werden.

„Durch diesen Beschluss schafft es die Gemeinde nun, die Gesamtkosten für die Bezüge um die Kosten eines ganzen Jahres zu reduzieren", erklärt Auer anschaulich. Erst im letzten Jahr erließ das Land ein Bezügegesetz, welche das Gehalt des Bürgermeisters festsetzt, in Relation zu diesem sind die Bezüge der Gemeinderäte zu beschließen.

Zusätzlich zu dieser Änderung wurde auch die Möglichkeit geschaffen, einen geschäftsführenden Gemeinderat mit besonderen Aufgaben einzusetzen. Ab sofort übernimmt daher in Höflein Helmut Weidlich Aufgaben des Vizebürgermeisters. Für diesen Aufwand wird er entsprechend entschädigt - der Vizebürgermeister verzichtet zu Gunsten Weidlichs auf einen Teil seines Gehalts.

SP-Diskussion über Dienstgeberbeiträge

Für Unmut sorgt diese Regelung bei SPÖ-Chef Anton Schodritz: „Weidlich macht jetzt die Aufgaben, die eigentlich der Vizebürgermeister erledigen sollte. Auch wenn sie gemeinsam etwas weniger verdienen als zuvor, entspricht das nicht der Relation zu den anderen Kürzungen." Dies sei der erste Grund für die Gegenstimmen der SPÖ bei diesem Tagesordnungspunkt.

Zweitens führt Schodritz an, dass bei Sparmaßnahmen alle betroffen sein sollten: „Ich vermisse dabei aber den Beitrag des Bürgermeisters, der - auch wenn es gesetzlich nicht vorgesehen ist - beispielsweise seine Pensionsbeiträge selbst einzahlen könnte. So würden wirklich alle zu den beschlossenen Einsparungen beitragen."

Dieser ‚Vorschlag' sorgt für Unverständnis bei Bürgermeister Auer: „Die Bezüge des Bürgermeisters sind in einem Landesgesetz geregelt - da kann ich gar nicht auf einen Teil verzichten. Und die Pensionsbeiträge, die die Gemeinde für mich nach meinem Ausscheiden als Bürgermeister zahlen muss, sind die normalen Dienstgeberbeiträge, die jeder Betrieb für seine Mitarbeiter zahlen muss; eine private Pensionsversicherung zahle ich ohnehin selbst."

Die Gegenstimmen der SPÖ beweisen für Auer aber, dass „wir, die ÖVP, die Partei sind, die nachhaltig wirtschaftet und den Willen zum Sparen hat".

Bürgermeister Otto Auer: „Wir sind die Mandatare, die behutsam wirtschaften können."

SP-Chef Anton Schodritz: „Wenn gespart wird, sollen alle sparen, auch die Meistverdiener."